

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Milch-Chocolade No. 600. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Druckereigehäufstelle: Marienstraße 38/40.

Belegblätter
Abdruck der Dresdner Nachrichten für den 1. bis 31. September 1907. Preis 1 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger Eiepsch & Reichardt, Dresden, Altmarkt 2.

Wagen-Zahl
Wagen-Zahl der Dresdner Nachrichten für den 1. bis 31. September 1907. Preis 1 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger Eiepsch & Reichardt, Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gassbeutel, Schlauche, Transportmängel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstraße 26. Telefon 250.

KLOS WELT MACHT
Vornehmste 5 Pfg. Cigarette
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Klos“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Enthaarung.

Unschöne Haare im Gesicht und an den Händen beseitigt man sicher und schmerzlos mit „Dopil“-Enthaarungsmittel in wenig Minuten. Vollständig unschädlich für die Haut. Flasche mit Anweis. M. 1,50, bei Einsend. von M. 1,75 frko. Depot:

Löwen-Apotheke, DRESDEN.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, vorwiegend wolfig. Bei den gestrigen Dresdner Landtagswahlen wurden nur sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Heute finden die Nachwahlen der 2. Abtheilung statt. Die Kaiserin, die sich von ihrem Unfall noch nicht völlig erholt hat, wird den Kaiser auf seiner Reise nach Königsberg nicht begleiten. Die Festungskriegsübung in Posen hat begonnen. Gegen die neuen Eisenbahnpersonentaxen werden sich eine Eingabe der hannoverschen Handelskammer. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlichten einen bisher unbekanntem Brief des Reichskanzlers. Eine größere Geldentnahme aus der Bank von England für Berlin gilt als nahe bevorstehend. Das Gerücht von Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wegen einer deutschen Einflussphäre in Marokko wird demontiert. Auf der Friedenskonferenz wurde der deutsche Antrag in der Mienfrage angenommen. Der Lotse der Kaiserjacht „Standart“ wird beschuldigt, das Schiff absichtlich falsch gesteuert zu haben. Die Bedingungen MacLeans für die Freilassung MacLeans werden als unannehmbar bezeichnet. Die mittelamerikanischen Republiken werden über ein Abkommen zu Gunsten eines dauernden Friedens verhandelt. Die canadische Regierung sprach dem japanischen Botschafter ihr Bedauern über die Ausschreitungen in Vancouver aus. Auf der Halle-Heitzbader Eisenbahn entgleiste ein Personenzug und stürzte die Böschung hinab.

Norderney . . .

Wie in der auswärtigen, so gibt es auch in der inneren Politik keinen Stillstand. Raftlos werden die Fäden hin und her gesponnen, und besonders die Berufspolitiker kennen keine eigentlichen Ferien. Ohne Rücksicht auf seine „Sommerruhe“ am schönen Nordseestrand hat Fürst Bülow sich ununterbrochen führende Parlamentarier und Parteimänner bei sich gesehen, um im jwanalioen Gedankenaustausch deren Wünsche genauer kennen zu lernen und andererseits ihnen gegenüber auch seine Ansichten zur Geltung zu bringen. Gäste kamen, Gäste gingen in Norderney aus und ein. Was Wunder, wenn sich um diese Begegnungen und Aussprachen ein geheimnisvoller Nimbus webt, um so mehr, als bisher über das Was und Wie der Verhandlungen von allen Beteiligten strengstes Stillschweigen beobachtet wird! Man möchte besonders in den Kreisen der Blockgegner gar zu gern wissen, was die Stunde geschlagen hat und wie die Lebensansichten des nationalen Blods für die nähere und fernere Zukunft stehen. Es wirkt beinahe räthselhaft komisch, zu sehen, wie die Zentrumsblätter fast jeden Tag „Diagnosen der Blodgesundheit“ aufstellen und der heimlichen Hoffnung mehr oder minder verblühten Ausdruck geben, daß schon in der nächsten Reichstagsession die konservativ-liberale Paarung in die Brüche gehen werde. Nicht minder wie die Ultramontanen getieren die „Genossen“ in ohnmächtiger Wut gegen den Blod und seinen geistigen Vater, den Reichskanzler. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat jedoch ein Redner mit billigen Blick den nationalen Reichstagsblod als eine „Verfälschungsbank für den Fürsten Bülow“ charakterisiert. Wie kommt es nun, daß den Notizen trotzdem die neue Paarungspolitik zwischen rechts und links so empfindlich auf die Nerven fällt? Antwort: Sie glauben ebenso wie ihre Freunde vom Zentrum an eine längere Lebensdauer des jetzigen Kurzes, als sie nach außen hin zugeben. Und gerade deshalb sehen sie mit scheelen Augen nach Norderney, wo der Reichskanzler mit diplomatischer Gewandtheit seine Fühler nach rechts und links ausstreckt und eifrig zwischen liberalen Prinzipien und konservativen Interessen vermittelt, um den Beratungen des Reichstags in der bevorstehenden Tagung eine solide Basis zu schaffen.

Die Freunde der Bülowschen Blodpolitik haben die Beiprehungen in Norderney von vornherein mit größter Genugthuung begrüßt, denn solche stille, vorbereitende Arbeit kommt erfahrungsgemäß allen, die es angeht, zu gute. Man streift dabei manches, was sich der öffentlichen Diskussion entzieht; erhält vertrauliche Informationen unter vier Augen, die einem sonst verschlossen blieben; kann schließlich auch — und das ist wohl das Wichtigste — offener und freier als vor dem großen Forum über die intimsten An- und Absichten, wenigstens andeutungsweise, sprechen.

Dadurch wird aber, was von größter Wichtigkeit für den Zusammenhalt des Blods ist, das gegenseitige Vertrauen der Parteien untereinander und zur Regierung gehärtet und zugleich die Sicherheit und Klarheit der neuen politischen Konstellation sehr wesentlich erhöht. Das ist um so nötiger, als die gegenwärtige Presse kein Mittel verläumt, um Unkraut in den Bülowschen Weizen zu säen. Alle Winen läßt man springen, um das alte Mißtrauen zwischen rechts und links, das seit den letzten Reichstagswahlen erfreulicherweise abzuebben beginnt, wieder neu zu sähen. Der letzte Parteitag der Freisinnigen in Berlin hat jedoch erfreulicherweise gezeigt, daß man dort die Schliche der Blodfeinde durchschaut. Nach den auch an dieser Stelle eingehend gewürdigten heftigen Erörterungen über die Blodpolitik und die preussische Wahlrechtsreform lag die Befürchtung nahe, daß auch auf dem Parteitage die doctrinären Prinzipienretter des Freisinn allzu vorlaut ihre Stimme erheben würden. Es ist zur Trauer des Zentrums und der Sozialdemokratie anders gekommen! Die überwältigende Mehrheit dokumentierte durch Annahme der Beschlüsse, daß es der Partei ernst ist, an Stelle der bisherigen negativen die positive Politik treten zu lassen. Die frühere Parole: „Alles oder nichts“ ist aufgegeben; man will sich verständigerweise mit dem Möglichen, mit dem für den liberalen Gedanken Erreichbaren begnügen. Das geht unabweisend aus der wichtigen Erklärung hervor, die sich offen zur Blodpolitik bekennt, wenn auch unter der einschränkenden Bedingung, daß die grundsätzlichen Anschauungen der Partei gewahrt und die Forderungen ihres Programms zur Geltung gebracht werden. Natürlich nur im Rahmen der Gesamtspolitik und mit Rücksicht auf die konservativen Blodverbündeten! Es ist ja sicherlich psychologisch zu verstehen, wenn der Freisinn gerade in seiner heutigen Lage — als Glied einer Regierungsmehrheit — aus Rücksicht seinen Wählern gegenüber besonderen Wert darauf legt, seine Grundzüge und Traditionen so scharf als möglich hervorzuheben, aber andererseits kann doch nimmermehr verlangt werden, daß Regierung und Rechte fortan nur noch liberale Politik machen sollen. Ohne ausgleichenden Kompromiß geht es auch hier nicht.

Daß dieser Ausgleich zwischen rechts und links zu stande komme, ist der Zweck der Beiprehungen in Norderney gewesen. Ob er erreicht ist, wird erst die Zukunft lehren können. Aber es sind sehr schon Anzeichen vorhanden, daß die Pourparlers zwischen Bülow und den verschiedenen Parteimännern nicht vergeblich gewesen sind. Auf dem bereits erwähnten Parteitage der Freisinnigen a. B. hat Herr Wiemer als „kundiger Thebaner“ erklärt, daß in allen wichtigen gesetzgeberischen Fragen der kommenden Reichstagsession der modus vivendi gefunden sei oder doch bis zum Beginn der Verhandlungen fertiggestellt sein werde. Die Vertraulichkeit der Verhandlungen verbietet, mehr darüber zu sagen, aber so viel ist doch durchgedrungen, daß man liberalerwärts beim Fürsten Bülow Entgegenkommen gefunden hat und einigermaßen zufriedent ist. Besonders bezüglich einer freisinnigen Ausgestaltung unseres Vereins- und Versammlungsgesetzes ist man froher Hoffnung und Prophezei auf Grund der Aussprache in Norderney, daß man an dem diesbezüglichen Regierungsentwurf „seine Freude haben“ werde. Die Reform des preussischen Wahlrechts wird sicher auch berührt worden sein, in welchem Sinne aber: das entzieht sich unserer Kenntnis. Eine Reform wird kommen, aber nicht nach den Wünschen des Herrn Raumann und nicht so schnell, wie die Stürmer und Dränger es verlangen, dazu ist diese Materie zu schwierig und wichtig. Es will uns scheinen, als ob Fürst Bülow darauf gedrungen hat, dieses Problem vorläufig auszuschalten, und das um so berechtigterweise, als die Aenderung des preussischen Wahlrechts eigentlich den Reichstag herab zu werfen anmacht. Naht man alles dies zusammen, so kann man wohl sagen, daß die Aussprache in Norderney das Ihre dazu beigetragen hat, um den blodfeindlichen Bestrebungen, die von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe der freisinnigen Radikalen ausgehen, die Spitze abzubrechen.

Es ist vielfach als auffallend und als ein Novum hingestellt worden, daß die Berufung parlamentarischer Führer zum Reichskanzler diesmal eine Ausdehnung angenommen habe, wie sie früher nicht üblich war. Das trifft zu, aber der Grund ist leicht ersichtlich, weil eben Besonderheiten der jeweiligen politischen und parlamentarischen Lage auch besondere Maßnahmen erfordern. Der Umstand, daß bisher vorwiegend liberale und freisinnige Politiker beim Reichskanzler geladen waren, ist ebenfalls sehr erklärlich: das soll nicht etwa bedeuten, daß der Reichskanzler fortan eine

überwiegend liberale Politik treiben will, sondern hat im Gegentheil den Sinn, daß sein Kurs der „mittleren Mitte“ auch in Zukunft die gemäßig-konservative Färbung behalten wird, die er bisher gezeigt hat. Gerade deshalb, so schreibt ein angeesehenes liberales Blatt, mußte für den Fürsten Bülow das parlamentarische Problem der nächsten Zukunft lauten: Unter welchen Bedingungen werden die liberalen Gruppen sich entschließen können, diese gemäßig-konservative Politik des Reichskanzlers zu stützen?, und gerade deshalb sind die Verhandlungen mit den liberalen Führern besonders wichtig gewesen. In den letzten Tagen ist vorwiegend konservativer Besuch in Norderney eingetroffen, und es steht zu hoffen, daß auch hier eine offene Aussprache vorhandene Bedenken beseitigen und den Widerstreit der Interessen lösen und drüber einem Ionalen Ausgleich näher führen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 18. Septbr.

Zur Lage in Rußland.
Petersburg. Das hiesige Organ des Verbandes des russischen Volkes „Kupstje Snamja“ beschuldigt den Lotfen der Kaiserjacht „Standart“, das Schiff absichtlich auf eine Klippe gesteuert zu haben.

Odeffa. Auf dem Passagierdampfer „Alcege“ wurden 20 als Militärs verkleidete Personen verhaftet, welche beabsichtigt hatten, die Schiffs-offiziere zu ermorden und die Passagiere zu berauben.

Zur Lage in Marokko.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Meldung des „Daily Telegraph“ über Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland wegen einer deutschen Einflussphäre in Marokko wird schon durch die abenteuerliche Voraussetzung, daß deutsche Truppen von der algerischen Grenze aus mit französischen zusammen nach Marokko vordringen sollen, hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit zur Genüge charakterisiert.

London. Heute ist ein Schreiben veröffentlicht worden, das der Sekretär der Heberer-Liga an Sir Edward Grey richtete und in dem er diesen bat, vom Staatssekretäre eine Summe zu erwirken, um die englischen Untertanen in Casablanca dadurch zu erhalten, daß die französische Oberbefehlshaber nur einige wenige Truppen landete. Der Staatssekretäre antwortete, über solche Verluste, die beim englischen Konsulat in Casablanca angemeldet würden, würde er in Erwägungen eintreten, er könne jedoch im Augenblicke keine Gewißheit darüber geben, wozu die Regierung sich entschließen werde.

London. (Priv.-Tel.) Die „Times“ melden aus Tanger: Am Tage seiner Abreise aus Fez befahl Sultan Abdul Aziz, die Ginterferuna seines intelligentesten Rathgebers Abbas ben Dauds, der die Gierigkeit der reaktionären Beziere erregt hat, Ben Dauds Besitztum wurde eingezogen und seine Familie vertrieben. Der Sultan wird am Sonnabend in Rabat erwartet.

London. (Priv.-Tel.) Aus Tanger wird berichtet, daß die britische Regierung die Bedingungen MacLeans über die Freilassung MacLeans als unannehmbar erklärt hat. — Der Deutsche Steinwachs, der als einer der letzten Europäer Marokko verließ, ist angeblich von Sultan Hafid beauftragt, Waffen und Munition für Schenkungsgegenstände in Europa zu kaufen. Sultan Hafid soll ihm Kreditbriefe über 80 000 Pfund Sterling mitgegeben haben.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Salzburg. Der Bergarbeiterkongress hat die Anträge betreffend die Versicherungsangelegenheiten angenommen. Der Antrag der deutschen und der österreichischen Vertreter hierzu lautete: Durch die Gesetzgebung muß den Bergarbeitern für die Dauer einer vorübergehenden Krankheit oder für dauernde Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) eine zur unabhängigen Lebensführung ausreichende Rente gewährt werden. Ebenso ist für die Hinterbliebenen der verunglückten oder verstorbenen Bergleute eine ausreichende Rente gesetzlich festzusetzen. Von den Vertretern Belgiens und Frankreichs liegt folgender Antrag zu den Versicherungsangelegenheiten vor: Der Bergarbeiter-Kongress ist der Meinung, daß die Arbeitgeber für die in den Bergwerken vorkommenden Unfälle verantwortlich gemacht werden müssen. Jeder Arbeiter, dem ein Unfall zuzuführt, sollte während seiner Arbeitsunfähigkeit seinen vollen Arbeitslohn als Entschädigung erhalten. Bei Unfällen mit tödlichem Ausgange sollte die den Witwen und Waisen gezahlte Entschädigung genügend sein, um davon zu leben. Die den Waisen in solchen Fällen zu zahlende Entschädigung soll bei Erreichung des 16. Jahres aufhören. Sodann wurde folgender Antrag der französischen Vertreter beraten: Die Bergarbeiter der verschiedenen Länder sollen sich bemühen, ein allgemeines Abkommen zu treffen, um, wenn notwendig, einen internationalen Streik zu erklären. Dieser Antrag wurde im Prinzip angenommen, nachdem der deutsche Vertreter das internationale Komitee aufgefordert hatte, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, falls ein internationaler Streik notwendig sein würde. Ueber das Wann und Wie dürfte man auf einem öffentlichen Kongress nicht beschließen. Sodann wurde noch die Resolution betreffend die Regelung der Kohlenproduktion angenommen, die nach dem Antrage Belgiens folgenden Wortlaut hat: Die Kohlenproduktion muß international durch die internationale Föderation der Bergarbeiter geregelt werden. Der Kon-

Pfunds sterilisierter Kindermilch
Dresdner Molkenfabrik Gebr. Pfund, Bautzener Str. 79/81